

Umschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **67 (1980)**

Heft 10: **Leistungsdruck und Notennöte**

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

UR: Konferenz der Meru über Erziehung

ti. Rund 150 Teilnehmer aus ganz Europa wohnten kürzlich einem Ausbildungsprogramm über die Technik der Transzendentalen Meditation (TM) und ihre Verbindung zu Erziehungs- und Bildungsbereichen der Maharishi European Research University (Meru), die am 21. April auf eine fünfjährige Forschungstätigkeit zurückblicken konnte, bei. Namhafte Referenten, wie der Physiker und Professor des Max-Planck-Instituts, Dr. Gerd Unruh, sprachen über die vedische Wissenschaft, die allen Bereichen des Erziehungswesens nahegebracht werden müsse. «Grundsätzlich sollte in unseren Erziehungssystemen etwas geändert werden. In den Schulen kann man oft zum Teil starke Verhärtungen bei Schülern wie Lehrern feststellen, da sie nicht in Harmonie mit den Naturgesetzen leben. Durch die Anwendung der TM-Technik sah ich, wie in der Schule Stress und Verspannung abgebaut wurde und sich eine gesunde, dynamische Beziehung zwischen Lehrer und Schüler entwickeln konnte», erläuterte die Basler Gymnasiallehrerin Sarah Loliger unter anderem ihre Erfahrungen.

GL: Hochschulbeiträge beschlossen

Nach Ob- und Nidwalden sowie Appenzell Auser-Rhoden hat nun auch die Glarner Landsgemeinde – übrigens oppositionslos – die Beitragsleistungen an die Hochschulkantone gutgeheissen. Der Landrat erwartet allerdings, dass die Kantone ohne eigene Hochschule bei der Führung der Universitäten ein Mitbestimmungsrecht erhalten.

SO: Regierungsrat für Vereinbarung über Hochschulbeiträge

Der Kanton Solothurn will den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Hochschulbeiträge auf Gesetzesstufe regeln. Der Regierungsrat hat in erster Lesung einem entsprechenden Entwurf zugestimmt und die Vernehmlassung darüber eröffnet. Solothurn verpflichtet sich darin, zwischen 1981 und 1986 Beiträge von 4,6 bis 9,5 Millionen Franken zu leisten. Der Regierungsrat bezeichnet in seinem Bericht diese Summen als «vergleichsweise bescheiden»; sie deckten etwa einen Fünftel bis einen Viertel der Nettobetriebskosten pro Student und berücksichtigten die Standortvorteile der Hochschulkantone in gebührender Masse.

AG: Erweiterung der Lehramtsschule

Der Aargauer Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat in einem neuen Dekret, auch den Lehrkräften der Mittel- und Unterstufe der Primarschule den Besuch der Lehramtsschule (LSA)

an der HTL Brugg-Windisch zu ermöglichen. Seit 1973 haben Lehrkräfte der Oberstufe, der Primar- und Hilfsschule, Sekundar- und Berufswahlschule Gelegenheit, einen bezahlten Fortbildungskurs von 20 Wochen Dauer an der Lehramtsschule in Brugg-Windisch zu besuchen.

Die Lehramtsschule für den Kanton Aargau (LSA) hat den Charakter einer umfassenden, vertiefenden Fortbildung. Das Konzept für die Oberstufenlehrer hat sich gut bewährt. Aufgrund parlamentarischer Vorstösse soll die LSA nun auch Lehrkräften der Mittel- und Unterstufe offen stehen, wobei die Kurse den besonderen Bedürfnissen dieser Stufen anzupassen sind. Das Kursprogramm wird – wie auf der Oberstufe – in die drei Bereiche Pflicht, Wahlpflicht und Freifächer unterteilt.

Umschau

Leitideen und Projektschwerpunkte der Primarschule

Die Innerschweizer Befragung über Leitideen und Reformbedürfnisse wurde im Verlaufe des Monats März 1980 abgeschlossen. Mehr als 100 Stellungnahmen sind beim ZBS eingegangen. Der Umfang liegt zwischen einer und vierundvierzig Seiten. Die Eingaben stammen von Einzelpersonen, Familien, Schulpflegen, verschiedenen Gruppen und Parteien. Sämtliche Primarlehrer des Kantons Schwyz nahmen anlässlich eines Fortbildungstages an der Befragung teil. Verschiedene Elternorganisationen führten spezielle Veranstaltungen durch. Die «Lozärner Schuelzytig» druckte einen eigenen Fragebogen und forderte die Eltern auf, ihre Vorstellungen mitzuteilen.

Das breite Echo ist u. a. auch der grossen Bereitschaft der Innerschweizer Tages- und Wochenzeitungen zu verdanken, die mithalfen, die Umfrage publik zu machen. Das Radio brachte eine Orientierung im Innerschweizer Regionaljournal und im «Rendez-vous am Mittag».

Das Unterfangen wurde fast durchwegs begrüsst. In etwa 5 Schreiben wurde die Befragungsdauer als zu kurz oder die Fragestellung als zu anspruchsvoll kritisiert. Vereinzelt wurde die Sorge geäussert, dass eine solch grundsätzlich und jedermann ansprechende Meinungsbefragung Konflikte provozieren und dadurch den «Schulfrieden» stören könnte.

Wir hoffen, dass die Auslösung dieser Diskussion nicht allein dazu führte, die eigene Meinung an eine behördliche Stelle weiterzuleiten, um dann gespannt auf eine bessere Schule zu warten. Es wurde damit nämlich auch die Absicht verbun-

den, dass sich die Öffentlichkeit auf die eigene Verantwortung neu besinnt und selbst einen grösseren Einsatz für eine verbesserte Schule leistet.

Nun gilt es, die Stellungnahmen auszuwerten, um die Ziele und Reformbedürfnisse übersichtlich darzustellen. Die Auswertungsergebnisse werden voraussichtlich in die Vernehmlassung gegeben. Dann sollen die dringenden Reformen im Rahmen der geäusserten Leitideen in Angriff genommen werden.

(ZBS-Informationen Nr. 6, Mai 1980)

Umlagerung zugunsten der Hochschulbeiträge

915 Millionen für die Jahre 1981 bis 1983

Im Rahmen der vierten Beitragsperiode, die sich über die Jahre 1981 bis 1983 erstrecken wird, beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten zur Hochschulförderung einen Gesamtkredit von 915 Millionen Franken. Im Vergleich zur dritten Beitragsperiode (1978 bis 1980), für welche 926 Millionen zur Verfügung stehen, ergibt sich damit eine Reduktion um 11 Millionen Franken. Gleichzeitig hat der Bundesrat auch eine Umlagerung von den Sachinvestitionen auf die Betriebsbeiträge vorgenommen. Neu sollen für die Betriebsbeiträge 655 Millionen (bisher 576 Millionen) zur Verfügung stehen, während für Investitionen nur noch 260 anstatt 350 Millionen vorgesehen sind. Diese Umlagerung geht, wie Bundesrat Hürlimann im Anschluss an die Sitzung vor der Presse erklärte, von der Überlegung aus, dass bei den baulichen Investitionen mit Ausnahme des Apparatebereichs ein gewisser Sättigungsgrad erreicht ist. Andererseits werden mehr Mittel zur Vermeidung des Numerus clausus benötigt, und in diesem Sinne hat der Bundesrat auch von den beantragten 260 Millionen Sachinvestitionsbeiträge 60 Millionen in Reserve gestellt. Aus dieser Reserve sollen allenfalls Sonderbeiträge für eine gezielte Unterstützung ausserordentlicher Anstrengungen zur Verhinderung von Zulassungsbeschränkungen ausgerichtet werden können.

Die vorgenommene Umlagerung wird für die Hochschulkantone, deren Forderungen zwar nicht in allen Teilen erfüllt werden, von Bedeutung sein, und andererseits will der Bundesrat den Nichthochschulkantonen zeigen, dass der Bund bereit ist, an der Bewältigung der anstehenden Probleme mitzuhelfen. Die in Aussicht genommene verstärkte finanzielle Unterstützung des Hochschulbetriebes trägt schliesslich auch den Einwänden Rechnung, wie sie seinerzeit u. a. gegen das Hochschulförderungsgesetz erhoben worden sind. Auf Grund der heutigen Regelung bezahlt der Bund bereits im Durchschnitt 17 bis 18 Prozent

an die Betriebskosten der kantonalen Hochschulen.

Die Zahl der Studenten an den Hochschulen beziffert sich heute auf rund 57 000 und dürfte in den nächsten Jahren auf 63 000 bis 65 000 ansteigen. Bundesrat Hürlimann gibt sich zuversichtlich, dass es trotz einem jährlichen Anstieg um rund 2000 Studenten gelingen werde, einen Numerus clausus zu verhindern. Er hofft dabei aber insbesondere auf die aktive Mithilfe der Nichthochschulkantone.

Zwischenlösung – auch bei Maturanden

Die Ergebnisse einer Befragung des Abschlussjahrganges 1979 der Zürcher Mittelschulen durch die Studien- und Berufsberatung des Kantons Zürich (Peter Beck) hat gezeigt, dass der Anteil der Maturanden, der die Weiterbildung erst nach einer Zwischenlösung aufnehmen will, zunimmt:

1975	26,4 %	
1976	31,8 %	
1977	35,8 %	
1978	40,6 %	
1979	44,7 %	(55,0 % m, 32,1 % w)

Aufgrund einer analogen Befragung des Absolventenjahrganges 1979 der deutschsprachigen Gymnasien des Kantons Bern (Peter Graf) wurden von 33,7 % der Befragten Zwischenlösungen angegeben (Unentschiedene 16,6 %).

Wenn sich diese Entwicklung mit denselben jährlichen Zuwachsraten von 4 bis 5 Prozent fortsetzt, wird es bereits um 1990 zum Normalfall geworden sein, die Ausbildung nach der Matur für einige Zeit zu unterbrechen.

Noch deutlicher als in den Vorjahren steht mit 46,4 % (49,3 % m, 40,2 % w) das *Geldverdienen* im Vordergrund, gefolgt von Reisen mit 17,1 % (17,9 % m, 15,6 % w). Ebenfalls recht häufig sind Praktikum und Sprachaufenthalt (13,2 % bzw. 9,7 Prozent), wobei die Maturandinnen diese ausbildungsbezogenen Zwischenlösungen mit 34,7 % doppelt so häufig wählen wie ihre männlichen Kollegen.

Der Anteil derer, die ihren *Entscheid* zwischen den drei Ausbildungsalternativen (Hochschule, Oberseminar, nichtakademische Ausbildung) *noch nicht getroffen* haben, ist um weitere 3,8 % auf 15,8 % (16,4 % m, 15,0 % w) angestiegen. Dies mag auf den ersten Blick beunruhigend und angesichts des ständig verbesserten Informations- und Beratungsangebots auch unverständlich wirken.

Es ist jedoch so, dass von den Maturanden, die ihre Weiterausbildung sofort fortsetzen wollen, sehr wenige, nämlich nur noch 0,6 %, unentschieden sind, während dieser Anteil bei den Maturanden, die ein Zwischenjahr einschalten

wollen, 29,1 % beträgt. Es ist deshalb klar, dass mit dem steigenden Anteil der Maturanden, die eine Zwischenlösung wählen, auch der Anteil der noch Unentschiedenen insgesamt grösser wird.

aus: Berufsberatung und Berufsbildung 2/80

Aus Kantonen und Sektionen

Oberwallis:

Französisch in der Primarschule

Von grossen ideellen Strömungen wird immer auch die Schule in irgendeiner Weise betroffen. So kann es nicht ausbleiben, dass auf dem Gebiet des Fremdsprachenunterrichts Dinge wie

- die rasante Entwicklung der Kommunikationsmittel,
- die enorme Vermehrung der Kontakte zwischen Orten, Regionen und Ländern, und
- die Notwendigkeit einer besseren Verständigung unter den Menschen ihre Rückwirkungen auf die Schule haben.

Für das Wallis kommt als Argument für einen möglichst guten Unterricht in der zweiten Landessprache seine Zweisprachigkeit dazu: Tagtäglich begegnen sich bei uns germanische und romanische Kultur und Wesensart, ständig sind Walliser deutscher und französischer Zunge miteinander in enger Tuchfühlung.

Was Wunder, dass die Walliser Regierung bereits im März 1972 beschloss, den Unterricht in der zweiten Landessprache im ganzen Kanton schrittweise in der Primarschule einzuführen. Ein Hauptverdienst an diesem Unternehmen hat sicher der derzeitige Chef des Erziehungsdepartementes, Herr Staatsrat Antoine Zufferey.

Dass für das Oberwallis nur die französische und für das Unterwallis nur die deutsche Sprache in Frage kamen, braucht wohl nicht speziell begründet zu werden.

Beginn des Fremdsprachenunterrichts schon in der 3. Klasse

Die Wissenschaft stellt fest, dass das menschliche Gehirn um das 8. Lebensjahr seine grösste Aufnahmefähigkeit aufweist. Es scheint darum angezeigt, das Kind bereits in diesem vorpubertären Alter Kontakt mit einer fremden Sprache aufnehmen zu lassen, wobei am Anfang Intonation und Aussprache ganz eindeutig im Vordergrund stehen.

Die Fremdsprache wird alsdann – und das für die ganze Dauer der obligatorischen Schulzeit – nicht so sehr als Trägerin der Kultur und Literatur behandelt, sondern vielmehr als Mittel zur Kommunikation und ganz speziell zum mündlichen Gedankenaustausch.

Keine Probleme stellt alsdann die Motivation der 3.- und 4.-Klässler sie machen mit Freude mit, was bei 12-, 13jährigen nicht mehr unbedingt der Fall ist.

Lehrmittel

Seit 1972 wird in unsern Primarschulen der audio-visuelle Lehrgang FRERE JACQUES verwendet. Das Material mit den von den Lehrern ausgearbeiteten methodischen Lektionsblättern erlaubt in den untern Klassen zweifellos einen guten Französischunterricht. Selbstverständlich kommt es sehr darauf an, was man aus einem Lehrmittel macht.

In der 5. und 6. Klasse befriedigt aber das Lehrmittel im allgemeinen nicht: Zu lange muss nach dem gleichen Schema unterrichtet werden. Unbefriedigend ist aber auch das System: Nach 4 Jahren Primarschul-FU fangen Sekundar- und Realschule mit einem andern Basislehrmittel (Cours de base) wieder von vorne an.

Aus dieser unbefriedigenden Situation möchte man nun herauskommen: Seit Herbst 1979 läuft in den 5. und 6. Klassen der Regionen Raron und St. Niklaus ein Versuch mit «Cours de base, édition suisse».

Dieser Versuch ist vielversprechend: Schüler und Lehrer arbeiten gern mit dem neuen Lehrmittel; es findet gleichzeitig auch eine systematische Einführung ins Lesen und Schreiben statt, und – was besonders wichtig ist – die Oberstufe wird dort weiterfahren können, wo die Primarschule stehen geblieben ist. Der Anschluss ist also gesichert.

Lehrerfortbildung

Sämtliche amtierenden Lehrer mit FU vor Seminarabgang 1974 haben eine 4wöchige zusätzliche Ausbildung hinter sich. Seit 1974 erhält das Lehrpersonal seine fachdidaktische Ausbildung für den FU bereits am Seminar. Mit zunehmender Ausbildung und Praxis hat sich das sprachliche und methodische Können in den letzten Jahren eindeutig verbessert.

Immerhin sind weitere Anstrengungen in der Lehreraus- und -fortbildung erforderlich. Denn nur derjenige fühlt sich beim audio-visuellen FU vor seiner Klasse wirklich «à l'aise», der sich selber einigermassen flüssig ausdrücken kann.

Betreuung

Seit 1972 ist der Unterzeichnete hauptamtlich als Leiter des Unternehmens «Zweite Landessprache in der Primarschule» tätig. Für die Einführungsphase ist eine enge und dauernde Betreuung des Lehrpersonals sicher erforderlich. Für die Zukunft könnte an eine Arbeitsteilung mit den Schulinspektoren gedacht werden.